

Neuer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neudorf

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Neudorf: Franz Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Volkshofkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellennetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparkasse Neudorf — Bankverein Artern.

№ 66

Sonnabend, den 8. Juni 1929

42. Jahrgang

Der Young-Plan fertiggestellt. Zur Unterzeichnung bereit.

Paris, 7. Juni.
Im Laufe des gestrigen Tages ist nach Überwindung noch einiger unbedeutender Schwierigkeiten der Young-Plan endgültig fertig gestellt worden. Die Sachverständigen traten am Nachmittag zu einer Vollziehung zusammen, in der von dem Abgänger der Redaktionsarbeiten Kenntnis genommen wurde. Die Unterzeichnung des Dokuments findet heute statt.

Nach Angaben des „Reit Barfien“ entfallen von den ersten 37 Durchsichtsammlungen, die, wie bekannt, nach Abzug der Annahmen für die Zinsen-Anteile 1988 Millionen Mark betragen, folgende Summen auf die einzelnen Gläubiger: Frankreich 1039 Millionen, Großbritannien 419 Millionen, Italien 211 Millionen, Belgien 15 Millionen, Vereinigte Staaten 66 Millionen, Japan 15 Millionen, Der Rest wird unter Südamerika, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

Groener über die Reichswehr.

Feilschaften an dem geistigen Inhalt der Tradition. — Die Sparmassnahmen. — Das Spionagegesetz im Deutschland.
Berlin, 7. Juni.

Die Beratungen im Haushaltsauschuss des Reichstages stehen gegenwärtig im Zeichen des Mehrheits und besonders unter dem Eindruck der Rede, die der Reichswehrminister Groener am Mittwochabend gehalten hatte. In dieser Rede hatte Groener die in der letzten Zeit in der Reichswehr durchgeführten Maßnahmen als einen Ausdruck des Willens zur Wehrfähigkeit begrüßt. Der Minister betonte wieder, daß die Reichswehr zu einem überparteilichen Standpunkt gebracht werden müßte. In mancher Beziehung habe die alte Armee, die trotz veränderter Schranken ein vorzügliches Kriegsinstrument gewesen sei, noch nicht wieder erreicht. Die Jahrhunderte lang bestehende Tradition des deutschen Heeres sei abgelehnt von ihren Vorkämpfern in ihrem geistigen Inhalt bereinigt und nicht zum Abbruch verurteilt. Wir ständen an einem Wendepunkt der Kriegskunst und niemand wisse, wohin der Weg gehe. Aus Sparmassnahmen würden in diesem Jahre die Wanderversuche ausfallen. Auch andere Sparmassnahmen würden durchgeführt, die aber nicht für die nächsten Jahre veranwortet werden könnten, da man sonst den Anstoß an die Zukunft verpasse.

Im Verlauf der Aussprache wurden zahlreiche Anfragen an den Minister gerichtet, die er am Donnerstag beantwortete. Er betonte, daß das Spionagegesetz, das sich im Deutschland finde, immer enger werde. 100 Fälle mit 111 Personen seien bereits abgeurteilt. Es sei eine Staatsnotwendigkeit, hier die Wehrfähigkeit zu fördern. Es wurde eine Entschuldigungsverfahren, wonach bei der Zusammenlegung von Gemeinden darauf zu achten ist, daß die Gemeinden nicht zu Anwendungen veranlaßt werden, die eine schwere Belastung bedeuten. Ferner wurde die Vorlegung einer neuen Denkschrift über die Völkermassnahmen angeordnet.

Erregte Debatten im Reichstag.

Die Pariser Verhandlungen im Vordergrund.
Berlin, 7. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages legte man die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, der sich besonders in der Frage der Arbeitslosenversicherung schärfte gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte.

Abgeordneter Brandes (Soz.) sprach sich gegen die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers zur Frage der Arbeitslosenversicherung, durch die der Eindruck erweckt werden konnte, als sei diese Frage bereits abschließend vom Kabinett geregelt. Tatsächlich sei dies nicht der Fall. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten stimmten einer befristeten Beitragserhöhung zu und leiten zur Beteiligung nachweislich bestehender Arbeitslosen bereit, im übrigen verlangten sie aber die Fortführung der unbeschränkten Versicherung. Unter lebhafter Zustimmung erklärte der Redner, das Verhalten der 2½ Millionen Erwerbslosen stehe erheblich ab von den Gewalttäten derjenigen, die durch den Sturm auf die Finanzmärkte ihr Recht suchen.

Abgeordneter Dr. Köhne (Dnt.) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Ministers, der ein Verbot über die ganze deutsche nationale Partei abgegeben habe, ohne den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Der Minister habe außerdem die Grenzen des auch in vermeintlicher Abwehr Zulässigen überschritten. (Zustimmung rechts.) Der Redner befähigt sich dann mit der Pariser Konferenz. Der Redner fragte, ob der Minister den Verhandlungen zugestimmt habe, die die Frage der Arbeitslosenversicherung gelöst war, ob er kein Wort dagegen eingelegt habe, daß wir Verpflichtungen weit über das Versailles-Diktat hinaus übernehmen, wie er weiter das Ungeheure mitteilen konnte, daß gegenüber den brutalen Forderungen der Alliierten die deutschen Verleugnungen in Höhe von über 40 Goldmilliarden nicht aufgerechnet wurden. Alle diese verbindende, unheil abwendende Tätigkeit habe

man beim Reichswirtschaftsminister vermisse. Wenn trotz der denkbar schlechtesten strategischen Lage unserer Sachverständigen deutsche Wirtschaftsführer vom Range eines Bäckers für die Regierung zur Verfügung stellen, so gebühre ihnen Dank und Anerkennung. Sein nach innen und innen Kampf geführter Widerstand habe klar erkennen lassen, daß die Grenzen deutschen Entgegenkommens überschritten waren. Der Redner rief dann heftige Angriffe gegen den Abgeordneten Brandes. Der Redner fragte zum Schluß den Minister, ob er dem Saule vorzögen wolle, den Pariser Abmachungen, die auf dieser Basis zustande gekommen sind, zuzustimmen. Deutschland habe keinerlei Verpflichtung, reicheren Vätern auf sechs Jahrzehnte die finanziellen Sorgen abzunehmen. Es müsse endlich Schluss gemacht werden mit den Forderungen, die aus der unheimlichen Kriegsschuldfrage gezogen werden. (Beifall rechts.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erwidert dem deutschen Reichstag, seine Bemerkung gegen die deutschen Nationalen habe sich gegen deren Ablehnung der Vorlage über die Weltwirtschaftskonferenz gerichtet. Der Abgeordnete Dr. Köhne sprach sich gegen die handelsvertraglichen Verhältnisse durch das schief dargestellte Bild der Reparationsverhandlungen. Auf die Reparationsverhandlungen könne erst später eingegangen werden. So wolle es auf das entscheidende zurück, daß meine Ausführungen irgendwo der Sachverständigenkonferenz Gelegenheit geboten hätten, die deutschen Interessen zu schützen. Die Deutschen Nationalen haben mir eine Verleumdung wegen der Vollpolitik geteilt. (Abg. Graf v. Helldorf (Dnt.) ruft erregt: „So wolle diese Unterstellung zurück!“) So kann nur wiederholen, daß ich in der Beurteilung der Vollfrage mit dem Reichswehrminister übereinstimme. So habe in meiner Amtsfähigkeit einen erheblichen Teil meiner Arbeit für den Reichstag erledigt.

Abg. Brandes (Dnt.) erklärte, er habe nach den Vorbereitungen, die der Abg. Köhne für die Verbreitung seiner Rede getroffen habe, höhere geistige Qualitäten erwartet. (Gelächter und Zurufe: Sie sind ein Mann von Geist!) Es scheine im System des Herrn Köhne zu liegen, falsch zu liegen. Er habe teils Dinge gesagt, die überhaupt nicht geschrieben worden seien, teils hervorgehobene Worte und Sätze wiedergegeben. Es ist nicht zu leugnen, so erklärt der Redner, daß Köhler und Schacht ins Fahrgebiet gefahren sind, um die Schamerindustrie umzukümmeln. Nach den Darlegungen Schachts über die drohende Transportschiffahrt sei bei den Schiffreuten erwidert, er brauche die Krise jetzt, nur dann seien die Vorkämpfer und die Reparationsfrage auf einmal zu beschließen. (Stürmisches Hört! Hört! links. — Zuruf rechts: Das hat ihm der Kellner erzählt!) Daß ein Schaden durch seine Äußerung nicht entstanden sei, ergebe sich daraus, daß vier Tage nach dem Beschlusse unsere Forderung, daß die anderen Delegierten auf den Young-Plan zurückgehen müßten, bekräftigt worden sei. (Zuruf rechts: Sie tragen noch ein Verdienstkreuz!)

Abg. Zörgler (Komm.) weist darauf hin, daß der Minister kein Wort über die Arbeitslosenversicherung gesagt habe und die Erklärung des Abg. Brandes also das Produkt von Verhandlungen der Regierungspartei zu sein scheine. Der Redner beantragt erneut die Herbeiführung des Reichstages.
Der Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

b Guerard über den Paragraphen 218.

Die Debatte im Strafrechtsauschuss.
Berlin, 7. Juni.

Der Strafrechtsauschuss des Reichstages setzte gestern die Aussprache über den Abtreibungsparagraphen fort. Er steht seitdem vor für eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib durch Abtreibung löst oder die Lösung durch einen anderen zuläßt. In besonders leichten Fällen kann von Strafe abgesehen werden. Bei gewöhnlicher Abtreibung ist die Strafe bis zu 10 Jahren vorgesehen.

Reichsjustizminister Guérard bezeichnete die Fassung des Entwurfs als eine gute Lösung. Es sei ein klarer Strafrahmen vorgegeben, der allen Fällen gerecht werden könne. Einer Einschränkung der Strafbarkeit über den Entwurf hinaus müsse die Reichsregierung widersprechen. Eine etwaige Freigabe der Abtreibung in Krankenhäusern würde das Körperverbrechen nicht beseitigen. Außerdem würde die Freigabe der Abtreibung eine weitere gewaltige Übernahme der Geburtenziffer zur Folge haben. Die Möglichkeit strafloser Abtreibung müsse schließlich die letzten Semengen auf geschlechtlichem Gebiete einreisen. Es sei eine weitere Verminderung der Sitten und eine Vernichtung der Achtung vor dem werdenden Leben zu befürchten und eine weitere Zerrüttung der Grundlagen der Ehe müsse eintreten. Der Minister wandte sich auch gegen die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Dreimonatsgrenze, die gesetzgeberisch nicht vertretbar sei.

Der Reichsjustizminister befaßigte sich dann mit den Forderungen nach Freigabe der Abtreibung unter bestimmten Voraussetzungen der sogenannten eugenischen, sozialen und ethischen Indikationen. Er lehnte alle diese Gründe ab. Zur Begründung seines Ersatzes hin, daß beim heutigen Stande der Ver-

lungslöhre nicht mit Sicherheit erklärt werden könne, daß ein bestimmtes Elternpaar ein krankes Kind erzeugen werde. Eine Erweiterung des sozialen Schutzes von Mutter und Kind sei Aufgabe des Staates. Wenn aber mit logischen Mitteln der Abtreibung vorgebeugt werde, könne für Straffreiheit kein Raum mehr sein. Notzucht und Schwangerschaft könnten nur durch Beirathung des Täters, nicht aber durch Abtreibung gehindert werden. Zusammenfassend stellte der Minister fest, daß eine weitere Forderung der Straffreiheit nicht angängig sein könnte. Das Recht zur Vernichtung von Leben könne nur in den medizinisch unbedingten Fällen des Schwangerschaftsabbruchs und in besonders schweren Fällen des Schwangerschaftsabbruchs zugelassen werden. Ein weiteres Unmöglichwerden der Abtreibung würde das deutsche Volk physisch und moralisch zu Grunde richten.

Ratskomitee für Minderheitenfragen. Streng geheime Eröffnungssitzung in Madrid.

Madrid, 7. Juni.

Der Ratsauschuss für die Minderheitenfragen, dem sämtliche Mitglieder des Völkerbundes angehören, hat gestern in Madrid streng geheime Sitzung den Sonderbericht des Dreierausschusses angelehnt. Die Verteilung des umfangreichen Berichtes nahm die gesamte Vorkonferenzzeit in Anspruch.

Im Beginn der Sitzung gaben Briand, Scialoja und Adamißi Erklärungen ab, in denen sie ihrem lebhaften Bedauern über das Ausbleiben Chamberlains aus dem Völkerbundesrat Ausdruck gaben und seine bisherige Tätigkeit und seine Verdienste um den Völkerbund hervorhoben. Die Ausführungen des Ratsauschusses über den Londoner Bericht wird in der nächsten Sitzung beginnen.

Von Seiten der englischen Abordnung wird amtlich die Mitteilung für falsch erklärt, nach welcher der englische Ratsminister in Madrid, Graham, der England im Ratsauschuss für die Minderheitenfragen vertritt, bereits Beschlüssen der neuen Regierung über seine Faltung in der Minderheitenfrage erhalten haben soll. Im unterrichteten Kreisen wird dieses Dementi dahin ausgelegt, daß dann die Mitteilung über das Eintreffen neuer Verfügungen für den englischen Ratsminister als zutreffend anzusehen sei.

Im Laufe des Donnerstagsnachmittags fanden verschiedene Verhandlungen zwischen den einzelnen Abordnungen statt, um die Auffassung über die Minderheitenfragen zu klären. Es wird erwartet, daß Staatssekretär von Subert in der nächsten Sitzung des Ratsauschusses bei Beginn der Aussprache den deutschen Standpunkt bekräftigen und nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Londoner Völkerbundesbericht für Deutschland in der nächsten Sitzung und eine eingehende Prüfung des Minderheitenproblems durch den Studienauschuss unbedingt erforderlich sei.

Mitteilungen über Preußen-Konkordat.

Die Faktionen werden unterteilt.
Berlin, 7. Juni.

Heute vormittag um 11 Uhr findet im preussischen Staatsministerium eine Sitzung statt, in der die Faktionen über den Anhalt des inzwischen bereitgestellten Konkordats zwischen der Staatsregierung und dem päpstlichen Stuhl unterrichtet werden. Zunächst werden die Konfessionsparteien und am Nachmittag die übrigen Parteien informiert.

Die Vorlage dürfte am 17. Juni an den Staatsrat gelangen. Der Staatsrat, der für den 19. Juni auf etwa vier Tage einberufen ist, um neben kleinen Vorlagen insbesondere das Städtebaugesetz zu beraten, wird sich voraussichtlich in diesem Sitzungsbereich auch mit der Konkordatsvorlage befassen. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage lobann noch vor den Sommerferien die Bollverammlung des Landtages, das bekanntlich am 25. Juni auf etwa drei Wochen zusammentritt, befristet wird. In einer Befragung, die einige Tage vor dem 17. Juni stattfinden soll, wird die Regierung über den Anhalt des Konkordats der Presse Mitteilung machen.

Haushalt des Reichswirtschaftsministers.

Die Sitzung des Reichstages.
Berlin, 6. Juni.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fort. Als erster Redner sprach der Kommunist Koenig, der sich besonders gegen die Ernte- und Konjunkturkommissionen wandte. Die Kommissionen hätten im letzten Jahre einen Gesamtgewinn von weit über dreihundert Millionen erzielt. Die Lohnverhältnisse seien allmählich zurückgegangen und die Gewinne aus der Arbeit. Der Redner ging dann auf das Lieferverhältnis ausländischer Rohstoffe auf die deutsche Wirtschaft ein und erklärte zum Schluß, das deutsche Finanzkapital wolle aus der Reparationsstrategie mit größerer Selbstständigkeit hervorgehen.

Nach ihm sprach der Abg. Benckert (Dnt.), der betonte, daß Koalitionsgemeinschaften, die aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig seien, keine Gewinnsgemeinschaften darstellen. Er forderte, daß etwa ein Drittel des

Möbner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Wohnstätten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Vorkassekonto: Leipzig Nr. 22892

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzeit 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Atern.

Nr. 66

Sonnabend, den 8. Juni 1929

42. Jahrgang

Der Young-Plan fertiggestellt. Zur Unterzeichnung bereit.

Paris, 7. Juni.
Im Laufe des gestrigen Tages ist nach Ueberwindung noch einiger unbedeutender Schwierigkeiten der Young-Plan endgültig fertig gestellt worden. Die Sachverständigen trafen am Nachmittag zu einer Vollziehung zusammen, in der von dem Vorgesetzten der Reparationsarbeiten Kenntnis genommen wurde. Die Unterzeichnung des Dokuments findet heute statt.

Nach Angaben des „Reist Parisien“ entfallen von den ersten 37 Durchschnittsanmietungen, die, wie bekannt, nach Abzug der Aufwendungen für die Dawes-Anleihe 1988 Millionen Mark betragen, folgende Summen auf die einzelnen Gläubiger: Frankreich 1039 Millionen, Großbritannien 419 Millionen, Italien 211 Millionen, Belgien 115 Millionen, Vereinigte Staaten 66 Millionen, Japan 13 Millionen. Der Rest wird unter Südländern, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

Groener über die Reichswehr.

Spezialmaßnahmen an dem geistigen Inhalt der Tradition. — Die Sperrmaßnahmen. — Das Spionagegesetz im Deutschen Reich.

Berlin, 7. Juni.
Die Redaktionen im Hausparlament auf dem Reichstages haben gegenwärtig im Zeichen des Wehrerzats und besonders unter dem Eindruck der Rede, die der Reichswehrminister Groener am Mittwochabend gehalten hat. In dieser Rede hatte Groener die in der letzten Zeit in der Presse erschienenen Wehrprogramme als einen Ausdruck des Willens zur Wehrfähigkeit begriffen. Der Minister betonte wieder, daß die Reichswehr zu einer überparteilichen Standpunkt gebracht werden müsse. In mancher Beziehung habe sie die alte Armee, die trotz veränderter Schwächen ein vorzügliches Kriegsinstrument gewesen sei, nach nicht minder vertriebt. Die dreihundertlang bestehende Tradition des deutschen Heeres sei abgesehen von ihren Wehrerzatsen in ihrem geistigen Inhalt bereichert und nicht zum Absterben verurteilt. Wir ständen an einem Wendepunkt der Kriegskunst und niemand wisse, wohin der Weg gehe. Aus Sperrmaßnahmen würden in diesem Jahre die Maßnahmen ausgesprochen. Nach anderen Sperrmaßnahmen würden durchgeführt, die aber nicht für die nächsten Jahre beantwortet werden könnten, da man sonst den Anstoß an die Zukunft verpalle.

Im Verlauf der Aussprache wurden zahlreiche Anfragen an den Minister gerichtet, die er am Donnerstag beantwortete. Er betonte, daß das Spionagegesetz, das sich im Deutschen Reich, immer enger werde, 100 Fälle mit 111 Personen seien bereits abgeurteilt. Es sei eine Staatsnotwendigkeit, hier Abwehrmaßnahmen zu schaffen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach bei der Zusammenlegung von Garnisonen darauf zu achten ist, daß die Garnisonen nicht zu Aufwandungen veranlaßt werden, die eine schwere Belastung bedeuten. Ferner wurde die Vorlegung einer neuen Denkschrift über die Lohnmannschaft angeordnet.

Erregte Debatten im Reichstag.

Die Pariser Verhandlungen im Vordergrund.

Berlin, 7. Juni.
In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Am Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius, der sich besonders in der Frage der Arbeitslosenversicherung scharf gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte.

Abgeordneter Brandes (Soz.) sprach sich gegen die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers zur Frage der Arbeitslosenversicherung, durch die der Eindruck erweckt werden konnte, als ob diese Frage bereits abschließend vom Kabinett geregelt. Tatsächlich sei dies nicht der Fall. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten stimmten einer beschränkten Beitragserhöhung zu und seien zur Beilegung nachweislich beherrschender Minderheiten im übrigen verhalten. In der Fortsetzung der Rede über die Arbeitslosenversicherung. Unter lebhafter Zustimmung erklärt der Redner, das Verhalten der 2½ Millionen Erwerbslosen werde erheblich ab von den Gewalttaten derjenigen, die durch den Sturm auf die Finanzmärkte ihr Recht suchen.

Abgeordneter Dr. Künze (DnL) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Ministers, der ein Werturteil über die ganze Beschäftigungslage des Reiches abgegeben habe, ohne den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Der Minister habe außerdem die Grenzen des auch in vermeintlicher Abwehr Zulässigen überschritten. (Zustimmung rechts.) Der Redner befragt sich dann mit der Pariser Konferenz. Der Redner fragt, ob der Minister den Verhandlungen zugestimmt habe, ehe die Frage der Rheinlandsräumung geklärt war, ob er kein Vieh dagegen eingelegt habe, daß wir Verpflichtungen weit über das Verfallene Diktat hinaus übernehmen, die er weiter das Ungeheuerliche mitansehen konnte, daß gegenüber den dringenden Forderungen der Millionen der deutschen Bevölkerung in Höhe von über 40 Gehilfen nicht aufgefunden wurden. Alle diese verändernde, Unheil abwendende Tätigkeit habe



(Gelächter und Zurufe: Sie sind ein Mann von Geist!) Es scheint im System des Herrn Köhne zu liegen, falls zu zitieren. Er habe teils Dinge zitiert, die überhaupt nicht geschrieben worden seien, teils herausgerissene Worte und Sätze wiedergegeben. Es ist nicht zu leugnen, so erklärt der Redner, daß Köhler und Schacht ins Ruhrgebiet gefahren sind, um die Schwerindustrie umzustimmen. Nach den Darlegungen Schachts über die drohende Transferteile hat Köhler bei den Besprechungen erwidert, er brauche diese Kreise nicht, nur dann seien die Lohnfrage und die Reparationsfrage auf einmal zu beilegen. (Stürmisches Hört! hört! links. — Zuruf rechts: Das hat ihm der Kellner erzählt!) Daß ein Schaden durch seine Artikel nicht entstanden sei, ergebe sich daraus, daß vier Tage nach dem Pfeilsturm unsere Forderung, daß die anderen Delegierten auf den Young-Plan zurückgehen müßten, bekräftigt worden sei. (Zuruf rechts: Sie kriegen noch ein Verdienstfreud!)

Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß der Minister kein Wort über die Arbeitslosenversicherung gesagt habe und die Erklärung des Abg. Brandes also das Produkt von Verhandlungen der Regierungsparteien zu sein scheine. Der Redner beantragt erneut die Herbeiführung des Reichstages.

b. Guerdar über den Paragraphen 218.

Die Debatte im Strafrechtsausschuß.

Berlin, 7. Juni.
Der Strafrechtsausschuß des Reichstages legte gestern die Aussprache über den Abtreibungsparagraphen fort. Er steht Gehörnis vor für eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib durch Abtreibung födel oder die Zügel durch einen anderen zuläßt. In besonders letzten Fällen kann von Strafe abgesehen werden. Bei gewerbsmäßiger Abtreibung ist Justizstrafe bis zu 10 Jahren vorgesehen.

Reichsjustizminister Guerdar bezeichnete die Fassung des Entwurfs als eine gute Lösung. Es sei ein elastischer Strafrahmen vorgesehen, der allen Fällen gerecht werden könne. Einer Einschränkung der Strafbarkeit über den Entwurf hinaus müsse die Reichsregierung widersprechen. Eine etwaige Freigabe der Abtreibung in Krankenhäusern würde das Kurpfuschertum nicht beilegen. Außerdem würde die Freigabe der Abtreibung eine weitere gewalttätige Abnahme der Geburtenziffer zur Folge haben. Die Möglichkeit strafloser Abtreibung müsse schließlich die letzten Hemmnisse auf geschlechtlichem Gebiete einreißen. Es sei eine weitere Vermilderung der Sitten und eine Verneinung der Achtung vor dem werdenden Leben zu befürchten und eine weitere Zerrüttung der Grundformen der Ehe möglich eintreten. Der Minister wandte sich auch gegen die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Dreimonatsgrenze, die gesetzgeberisch nicht verwirklicht sei.

Der Reichsjustizminister beschäftigte sich dann mit den Forderungen nach Freigabe der Abtreibung unter besonderen Voraussetzungen der sogenannten eugenischen, sozialen und ethischen Indikationen. Er lehnte alle diese Gründe ab. Zur Begründung wies er darauf hin, daß beim heutigen Stande der Ver-

ehrung nicht mit Sicherheit erklärt werden könne, daß ein bestimmtes Elternpaar ein krankes Kind erzeugen werde. Eine Erweiterung des sozialen Schutzes von Mutter und Kind sei Aufgabe des Staates. Wenn aber mit sozialen Mitteln der Abtreibung vorgebeugt werde, könne für Straffreiheit kein Raum mehr sein. Notzucht und Schändung könnten nur durch Bestrafung des Täters, nicht aber durch Abtreibung geführt werden. Zusammenfassend stellte der Minister fest, daß eine weitere Lockerung der Strafvorschriften nicht angängig sein könne. Das Recht zur Verurteilung von Leben könne nur in den medizinisch unbedingten notwendigen Fällen und dadurch sittlich erlaubten Fällen des Volksganges zugelassen werden. Ein weiteres Umfassen der Abtreibung würde das deutsche Volk physisch und moralisch zu Grunde richten.

Ratskomitee für Minderheitenfragen.

Streng geheime Eröffnungsung in Madrid.

Madrid, 7. Juni.
Der Ratsausschuß für die Minderheitenfragen, den sämtliche Mitglieder des Völkerbundes angehören, hat gestern in seiner ersten streng geheimen Sitzung den Londoner Bericht des Dreierausschusses angehört. Die Verteilung des umfangreichen Berichtes nahm die gesamte Vortragsung in Anspruch.

Zu Beginn der Sitzung gab Brand, Scialoja und Waisoff Erklärungen ab, in denen sie ihrem lebhaften Bedauern über das Ausbleiben Chamberlains aus dem Völkerbund Ausdruck gaben und seine bisherige Tätigkeit und seine Verdienste um den Völkerbund hervorhoben. Die Aussprache des Ratsausschusses über den Londoner Bericht wird in der nächsten Sitzung beginnen.

Von Seiten der englischen Abordnung wird amtlich die Mitteilung für fest erklärt, nach welcher der englische Botschafter in Madrid, Graham, der England im Ratsausschuß für die Minderheitenfragen vertritt, bereits Besprechungen mit dem neuen Regierung über seine Haltung in der Minderheitenfrage erhalten haben soll. In unterrichteten Kreisen wird dieses Dementi dahin ausgelegt, daß dann die Mitteilung über das Eintreffen neuer Meinungen für den englischen Botschafter als zureichend anzusehen sei.

Im Laufe des Donnerstagsmittags fanden verschiedene Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen statt, um die Auffassung über die Minderheitenfragen zu klären. Es wird erwartet, daß Staatssekretär von Schuberz in der nächsten Sitzung des Ratsausschusses die Beginn der Aussprache den deutschen Standpunkt bekanntgeben und nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Londoner Minderheitenbericht für Deutschland untragbar und eine eingehende Prüfung des Minderheitenproblems durch den Studienausschuß unbedingt erforderlich sei.

Mitteilungen über Preußen-Konkordat.

Die Fraktionen werden unterrichtet.

Berlin, 7. Juni.
Seit vormittag um 11 Uhr findet im preussischen Staatsministerium eine Sitzung statt, in der die Fraktionen über den Inhalt des inzwischen derartig gestellten Konkordats zwischen der Staatsregierung und dem preussischen Reich unterrichtet werden. Zunächst werden die Fraktionsparteien und am Nachmittag die übrigen Parteien informiert.

Die Vorlage dürfte am 17. Juni an den Staatsrat gelangen. Der Staatsrat, der für den 19. Juni auf etwa vier Tage einberufen ist, um neben keinen Vorlagen insbesondere das Städteangelegenheit zu beraten, wird sich voraussichtlich in diesem Einigungsabschnitt auch mit der Konkordatsvorlage befassen. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage sodann nach vor dem Sommererlasse auch die Vollversammlung des Landtages, das bekanntlich am 25. Juni auf etwa drei Wochen zusammentritt, beschäftigen wird. In einer Besprechung, die einige Tage vor dem 17. Juni stattfinden soll, wird die Regierung über den Inhalt des Konkordats der Presse Mitteilung machen.

Haushalt des Reichswirtschaftsministers.

Die Sitzung des Reichstages.

Berlin, 6. Juni.
Der Reichstag legte gestern die Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fort. Als erster Redner sprach der Kommunist Koenen, der sich gegen die Ernte- und Kornsteuern wandte. Er behauptete, die 3. G. F. a. r. b. hätten im letzten Jahre einen Gesamtgewinn von weit über dreihundert Millionen erzielt. Die Lohnarbeiter erzielten sogar allmählich rund eine Million aus den Arbeitsträften (Zuruf: Die Lohnarbeiter gehen die Gewinne aus der Luft!). Der Redner ging dann auf das Arbeitslosen ausbleiben, die Parität auf die deutsche Wirtschaft ein und erklärte zum Schluß, das deutsche Finanzkapital wolle aus der Reparationsstrafe nur mit größerer Selbständigkeit herorgehen.

Nach ihm sprach der Abg. Seyditz (DnL), der betonte, daß Koalitionsgemeinschaften, die aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig seien, keine Gemeinschaften darstellen. Er forderte, daß die etwa aus der Vo-